



Liebe Freundinnen und Freunde der sozialdemokratischen Kommunalpolitik,

das Wahljahr 2019 ist in vollem Gange. Neben der für uns alle so wichtigen Europawahl finden in Niedersachsen aber auch nicht minder wichtige Bürgermeister*innen- und Landrats-/Landrätinnenwahlen statt. Ein Großteil der Hauptverwaltungsbeamt*innenwahlen sind parallel zur Europawahl am 26. Mai terminiert. Hier gilt es nun, die Themen Europa und Kommunen miteinander zu verknüpfen. Doch zunächst wünscht die SGK Niedersachsen allen Kandidat*innen viel Erfolg im Wahlkampf, am Wahltag und bei der in vielen Fällen darauf folgenden Stichwahl.



Franz Einhaus

Foto: privat

Europa und Kommunen – für viele erschließt sich nicht sofort ein direkter Zusammenhang. Doch wenn man auf die Internetseite www.what-europe-does-for-me.eu nachsieht, ist man überrascht, was Europa alles für Niedersachsen in Gang setzt. Einige Beispiele: Im Rahmen des Ausbaus der Transeuropäischen Netze (TEN) fördert die EU mit 35 Millionen Euro den Ausbau der Bahnverbindung Oldenburg-Wilhelmshaven. Mit 6,8 Millionen Euro wird die Erweiterung des Mittellandkanals bezuschusst,

und 8,3 Millionen Euro werden für eine Studie zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Bahnverbindung zwischen Groningen und Bremen eingesetzt. Mit bis zu 1,8 Millionen Euro unterstützt die EU den Aufbau von E-Call-fähigen Notrufannahmestellen in Niedersachsen. Fast fünf Millionen Euro fließen in die Entwicklung des vernetzten Autos (C-IST), ein Teil davon in das C-IST-Pilotprojekt in Niedersachsen. Niedersachsens Forscher profitieren vom EU-Forschungsrahmenprogramm

„Horizont 2020“. Dank des Bildungsprogramms Erasmus+ wurden 2015/2016 rund 2.900 Personen aus Niedersachsen ein Studienaufenthalt im EU-Ausland ermöglicht. Wie gesagt – das sind nur einige wenige Beispiele.

Die Bilanz der letzten fünf Europa-Jahre kann sich für Niedersachsen also sehen lassen. Die oben genannten Beispiele mit erheblichen Fördervolumen dürfen aber nicht vergessen lassen, dass die EU auch sehr kleinteilig fördert. Die Förderung der Ausbildung eines Qualitätsmanagers einer kleineren Firma gehört zum Beispiel auch dazu. Wo in eurer Kommune Projekte seitens der EU gefördert werden, das könnt ihr sehr differenziert auf dieser Internetseite finden: www.projektatlas.europa-fuer-niedersachsen.de

Fazit: Europa und jede noch so kleine Gemeinde, Samtgemeinde oder Stadt sind enger verknüpft als die meisten meinen beziehungsweise wissen. Lasst uns im Wahlkampf diese Verbindung positiv deutlich machen, gerade auch dort, wo parallel zur

Inhalt

Fördergelder müssen auch weiterhin in Niedersachsen ankommen

Europa hat die Wahl

Es wird gewählt!

Gut zu wissen

Europäische Seehäfen nicht gegeneinander ausspielen

Aus der Beratungspraxis der SGK

Europawahl gleichzeitig Wahlen für das Bürgermeister*innen- oder Landrats-/Landrätinnenamt stattfinden.

Freundlichst, Euer

Franz Einhaus

Landrat des Landkreises Peine
SGK-Landesvorsitzender

Fördergelder müssen auch weiterhin in Niedersachsen ankommen

Autor Tiemo Wölken

Gute Ideen brauchen Geld, um sie zu verwirklichen. Im mehrjährigen Finanzrahmen stellen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dieses Geld zur Verfügung. Die derzeitige Vereinbarung hat eine Laufzeit von 2014 bis 2020. Zur Verwendung dieser Mittel setzt die Europäische Union auf das Prinzip der Subsidiarität und steckt in Förderprogrammen den Rahmen ab, in dem die

Mitgliedsstaaten das Geld abrufen können.

Das Land Niedersachsen hat die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zu einem deutschlandweit einzigartigen Multifondsprogramm vereint, in dem rund 978 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit

dem Landwirtschaftsfonds ELER beträgt das Fördervolumen rund zwei Milliarden Euro. „Das Geld aus den unterschiedlichen Förderprogrammen wurde in Niedersachsen sinnvoll investiert. In Niedersachsen konnte zum Beispiel mit ESF-Mitteln ein Modellprojekt zur Telepflege im ländlichen Raum realisiert werden. Aber auch die Sanierung von Dorfgemeinschaftshäusern und viele

SGK Niedersachsen: Entwurf für Gesetz zur Schuldenbremse derzeit unzureichend

Auf der vergangenen Vorstandssitzung hat der SGK-Landesvorstand den vorliegenden Gesetzentwurf zur Schuldenbremse beraten. Einstimmig waren die Vorstandsmitglieder der Auffassung, dass der Gesetzentwurf nicht den Zusagen aus dem Koalitionsvertrag entspricht. Der zentrale Aspekt, der im Gesetz aufgenommen werden muss, ist die Gewährleistung der finanziellen Mindestausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise. Des Weiteren muss ausdrücklich formuliert sein, dass ein Eingriff in die Mindestausstattung der Kommunen aus Gründen der Schuldenbremse nicht zulässig ist.

Wann hast du Europa das erste Mal in deinem Leben wahrgenommen?

Tiemo Wölken: Ich bin mit Europa ausgewachsen. Ich bin 1985 geboren, deswegen habe ich keine Erinnerungen an eine Zeit ohne die Europäische Union. Die Einführung des Euro im Jahr 2002 war aber ein Punkt, an dem ich eine Veränderung durch Europa zum ersten Mal wahrgenommen habe.



Foto: privat



Der Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg

Foto: Erich Westenkamp/pixelio

Projekte in den LEADER-Regionen konnten durch die Förderung der Europäischen Union realisiert werden.

Lob gibt es an dieser Stelle für das Programm WiFi4EU. Mit dem WiFi4EU-Programm ist die Europäische Kommission neue Wege in der Förderung gegangen. Die Europäische Union fördert hiermit Internet-Hotspots in öffentlichen Gebäuden oder auf Plätzen. Das Besondere ist die Zuteilung der Fördermittel im Wind-

hund-Verfahren („first come – first serve“). Zu den Voraussetzungen für die Teilnahme gehört eine Registrierung im Online-System. Von 13.000 Kommunen konnten in der ersten Runde im November 2.800 die Förderung erhalten, die in Form eines Gutscheins in Höhe von 15.000 Euro erfolgt. 224 deutsche Kommunen waren erfolgreich.

Die zweite Runde startete im April. Weitere Auslosungen stehen bis

2020 an. Für mich ist WiFi4EU ein gutes Beispiel dafür, wie bei Projekten mit einem geringen Fördervolumen der Zugang erleichtert werden kann. Aufwand und Ertrag müssen in einem guten Verhältnis stehen.

Dieses Verhältnis möchte ich als Abgeordneter und Mitglied des Haushaltsausschusses auch für die neue Förderperiode ab 2021 im Blick behalten. Die Vorbereitungen für die neue Förderperiode laufen derzeit. Die konkrete Ausgestaltung ist jedoch davon abhängig, welche Mittel die EU von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt bekommt und welche Aufgaben die Union erfüllen soll.

Zwei konkrete Vorstellungen zum Verfahren habe ich jedoch schon jetzt: Weniger Bürokratie und Doppel- oder Dreifachprüfungen stehen weit oben auf meiner Prioritätenliste. Außerdem müssen wir einen nahtlosen Anschluss an die aktuelle Förderperiode sicherstellen.

Europa hat die Wahl

Autor Bernd Lange

Die Europawahl am 26. Mai 2019 ist eine Entscheidungswahl. Wollen wir das erfolgreiche Schiff Europa wieder auf Kurs bringen oder überlassen wir es zur Verschrottung den Nationalisten und Populisten? Das europäische Projekt ist in einer noch nie gekannten Form in Gefahr und damit die vielen Vorteile einer Mitgliedschaft Deutschlands. Der Nationalismus gibt keine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit.

Was aber wäre die Folge, wenn der gewachsene Nationalismus in vielen Mitgliedstaaten sich fortsetzt? Ein Zerfallen der Europäischen Union birgt die Gefahr, dass die einzelnen Staaten sich gegenüber großen Wirtschaftsmächten wie den USA oder zunehmend auch China nicht mehr behaupten könnten. Wir können als Europäische Union mit unseren Kompetenzen und Möglichkeiten im Weltmarkt bestehen, aber als einzelne, kleine Staaten nicht.

Für Wirtschaft und Beschäftigung in Niedersachsen ist der Export von großer Bedeutung. Das zweitwichtigste Exportziel niedersächsischer Unternehmen war bis 2016 Großbritannien. Der Brexit zeigt daher, welche wirtschaftlichen Erschütterungen auch Niedersachsen drohen, wenn das europäische Projekt Risse bekommt. Die illegalen Zölle der USA auf europäischen Stahl betreffen ebenfalls unmittelbar die niedersächsische Stahlindustrie. Als Wirtschaftsstandorte sind auch die Kommunen von der Zukunft der EU direkt betroffen. Ausgewogene und faire Handelsbeziehungen sind maßgeblich für die Entwicklung der niedersächsischen Industrie. Zudem ist die EU mit Fördermitteln in den Regionen präsent. Europa ist damit direkt in den Kommunen spürbar.

Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte – diese zentralen Werte stehen unter Beschuss. Deshalb sind alle europäischen Demokratinnen



Foto: European Union

Zusammenhang wurde dir Europa wirklich als Europa bewusst?

Bernd Lange: Während des Studiums hatte ich viel Kontakt zu Jugendlichen aus UK, Frankreich und auch Ungarn. Wir hatten ähnliche Herausforderungen im Bereich der Friedenssicherung, der wirtschaftlichen Entwicklung und des Umweltschutzes vor uns und hatten gemeinsame Vorstellungen für die Zukunft. Da war Europa klar die Handlungsebene.

und Demokraten gefragt, für die Demokratie einzustehen und sie gegen die Angriffe der Nationalisten zu verteidigen.

Es wird am 26. Mai jedoch auch um die Frage gehen, welches Europa wir wollen. Als überzeugter Sozialdemokrat möchte ich wieder Sicherheit in die Lebensentwürfe der Menschen bringen. Für mich als Handelspolitiker heißt das auch, dass Handel auf Regeln basieren muss. Den Erpressungen mit illegalen Zöllen, die US-Präsident Donald Trump benutzt, dürfen wir nicht begeben. Bei Handelsabkommen und Gesetzgebungen sollen vor allem die Aspekte Fairness und Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen.

Europas Verantwortung in der Welt bedeutet, Globalisierung gerecht zu gestalten. Es wird in der Zukunft darum gehen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, zu mehr Gerechtigkeit bei den Unternehmenssteuern in der EU zu kommen, Arbeitsplätze in Niedersachsen zu sichern sowie faire Regeln für den globalen Handel durchzusetzen. Für all das brauchen wir eine starke und selbstbewusste Europäische Union.

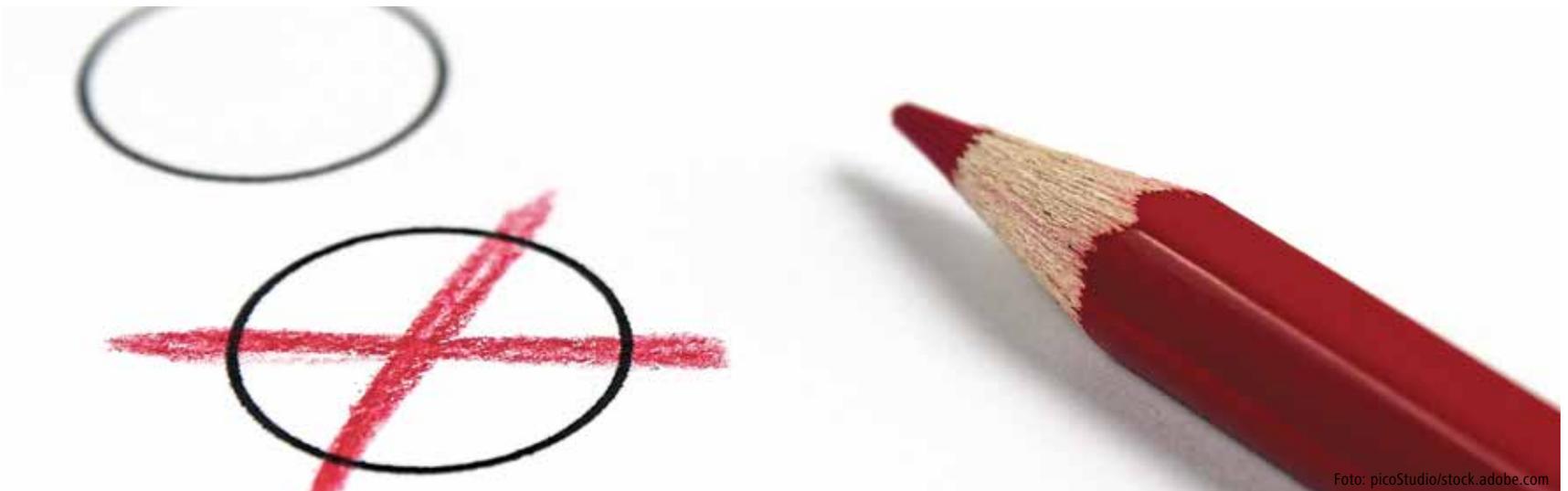


Foto: picoStudio/stock.adobe.com

Es wird gewählt!

Am Tag der Europawahl werden gleichzeitig in 75 Landkreisen/Städten und Gemeinden neue Hauptverwaltungsbeamt*innen gewählt. In den letzten Ausgaben haben wir schon die Kandidaten für die Stadt Wilhelmshaven (Wahl am 12.05./Stichwahl am 26.05.) und für den Landkreis Osnabrück vorgestellt. In dieser Ausgabe stellen wir alle SPD-Landratskandidat*innen, SPD-Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidat*innen (kreisfreie bzw. große Städte) vor. Alle Kandidat*innen vorzustellen ist leider aus Kapazitätsgründen nicht möglich, gleichwohl wünscht die Redaktion allen viel Erfolg!

Norbert Meyer Landratskandidat für den Landkreis Lüneburg

Seit 2006 ist Norbert Meyer hauptamtlicher Bürgermeister der Samtgemeinde Ostheide. Nach der Ankündigung des amtierenden Lüneburger Landrates Manfred Nahrstedt, mit Ablauf des 31.10.2019 in den Ruhestand gehen zu wollen, hat er sich dafür entschieden, noch einmal einen neuen Schritt zu wagen und sich als Kandidat für das Amt des Landrates im Landkreis Lüneburg zu bewerben. „Ich kann nach über 12 Jahren als hauptamtlicher Bürgermeister der Samtgemeinde Ostheide sagen, dass mir die Arbeit als Hauptverwaltungsbeamter wahnsinnig viel Spaß macht. Meine Erfahrung, meinen Ehrgeiz und meine Liebe zur Region möchte ich nicht nur in der Samtgemeinde Ostheide einsetzen, sondern für den gesamten Landkreis Lüneburg“, so Norbert Meyer.

Norbert Meyer wurde 1967 in Lüneburg geboren. Schon seine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten machte er in der Samtgemeinde Ostheide. Im Anschluss nahm er verschiedenste Aufgaben in der Verwaltung der Samtgemeinde wahr, bevor er 2006 zum Samtgemeindegemeindegewählter Bürgermeister gewählt wurde.

Privat ist Norbert gerne im Wasser (Schwimmen), per pedes (Laufen) und mit dem Fahrrad unterwegs. Außerdem hat er ein Faible für die Freiwillige Feuerwehr (seit 1979 in der



Norbert Meyer Foto: Andreas Tamme/tonwert21

Freiwilligen Feuerwehr Vastorf). Er widmet sich gerne Haus und Garten. Norbert Meyer ist seit 1998 Mitglied in der SPD und seit 2007 Mitglied der SGK Niedersachsen.

Alle guten Dinge sind drei: Sven Ambrosy kandidiert im Landkreis Friesland erneut

Frieslands Landrat Sven Ambrosy (SPD) kandidiert für eine dritte Amtszeit und wurde einstimmig nominiert. Ambrosy ging bei der Landratswahl 2003 mit 53,05 % als erster direkt gewählter Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Friesland und in seiner Wiederwahl 2011 mit 75,1 % als Sieger hervor. Bei beiden Wahlen gab es je einen Gegenkandidaten der CDU. 2003 war der Sozialdemokrat Ambrosy Deutschlands jüngster amtierender Landrat. Der Landkreis Friesland – in den 1990er Jahren wegen des Niedergangs der Olympia-Werke in Roffhausen eher ein Sorgenkind mit einer der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen, hoher Arbeitslosigkeit und Haushalts-

fehlbeträgen von über 30 Mio. Euro – präsentiert sich nach fast 16 Jahren Amtszeit von Sven Ambrosy völlig anders: seit neun Jahren ausgeglichene Haushalte, statt 100 Mio. Euro Schulden derzeit nur noch rund 38 Mio. Euro, statt 15–18 % Arbeitslosigkeit jahresdurchschnittlich 4,5 % und statt Investitionsstau Millionen-Investitionen in den Radwegebau und in die Kreisstraßen sowie 140 Mio. Euro in die 16 kreiseigenen Schulen plus zehn Mio. Euro ab 2019 ff. für die Digitalisierung der restlichen 500 von insgesamt etwa 850 Klassenräumen der Kreisschulen mit Smartboards, WLAN, Beamer und einer entsprechenden Endgeräteausstattung. Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs im Kreisgebiet von rd. 23.000 auf derzeit fast 30.000. Focus Money bescheinigte Friesland in 2017 das dritthöchste BIP-Wachstum von allen 401 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland. Insbesondere in der Wirtschaftspolitik in den Berei-



Sven Ambrosy

Foto: Dirk Gabriel-Jürgens

chen Tourismus, Luftfahrt, Energiewirtschaft und Logistik ist viel erreicht worden, um den Standort Friesland zu stärken. Das sind durchaus gute Argumente für eine Wiederwahl.

Und was hat Sven Ambrosy in einer etwaigen dritten Amtsperiode vor? „Schwerpunkte werden die Umsetzung des ehrgeizigen Nahverkehrsplanes mit einer erheblichen Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum, die weitere Modernisierung und der Ausbau der beiden Kreiskrankenhäuser in Varel und Sanderbusch, die konsequente Umsetzung der Digitalisierungs- und Breitbandstrategie des Landkreises sowie das Thema soziale Innovation der Daseinsvorsorge sein“, so Ambrosy.

Im Landkreis Verden bewirbt sich Peter Bohlmann um eine dritte Amtszeit

2005 startete der Landkreis Verden als letzter „zweigleisige“ Landkreis mit dem damals 33-jährigen Peter Bohlmann als jüngsten Landrat Deutschlands in die „Eingleisigkeit“. Vor seiner Wahl war der ausgebildete Heizungsbauer, Diplom-Volkswirt und Diplom-Ökonom beruflich in der Organisationsberatung und ehrenamtlich als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, seines Ortsvereins und als Ratsmitglied tätig. Wie ein „roter Faden“ orientiert sich das Handeln seiner inzwischen 14-jährigen Amtszeit an dem Dreiklang einer starken Wirtschaft, eines engagierten sozialen Ausgleichs und eines aktiven



Peter Bohlmann Foto: Reincken-Photography

Naturschutzes. Dass sich die Ergebnisse sehen lassen können, zeigen u. a. die in den letzten sieben Jahren um 6.000 auf 47.300 gestiegene Zahl an Arbeitsplätzen im Landkreis Verden und der im gleichen Zeitraum erreichte Schuldenabbau von 64 auf unter 30 Mio. Euro. Grundlage dieser langjährigen Haushaltsdisziplin „ohne Kaputtsparen“ ist der im Landkreis Verden praktizierte Grundsatz, dass gute Zeiten nicht dazu da sind, das Geld zu verprassen, sondern für schlechte Zeiten vorzusorgen.

In der Sozialpolitik geht Peter Bohlmann nach innen und außen offensiv mit der Tatsache um, dass die Landkreise neben den Sozialversicherungen die bedeutendsten Sozialbehörden sind und ihr Vorteil in der Ortsnähe liegt. So zeigt auch der teilweise über 70-prozentige Anteil an Sozialausgaben in den dreistelligen Millionenhaushalten der Landkreise, dass deren Grundlage nicht mehr allein die Ausgleichsfunktion zwischen Stadt und Land, sondern auch die gegenüber benachteiligten Bevölkerungsgruppen ist.

Diese Stärke der Landkreise nutzen die Kreis-SPD und Peter Bohlmann mit der Überzeugung, dass Chancengleichheit und erfolgreiche Integration nicht allein vom Geld, sondern von Organisation und (sozialpädagogischen) Fachleistungen abhängt. Dementsprechend ist die Jugendhilfe im Landkreis Verden sozialräumlich ausgerichtet, wird die Inklusion über ein stark dezentral orientiertes Förderzentrum gemeinsam mit den allgemeinbildenden Schulen umgesetzt und die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen durch 200 kommunale Förderplätze erreicht. Letzteres ist dem Landkreis Verden als eine von 16 Optionskommunen in Niedersachsen möglich, die Hartz IV in eigener Verantwortung wahrnehmen und deren Sprecher Peter Bohlmann ist. Ein weiterer

Vorteil der „Option“ wird in Verden durch die gemeinsame Leitung der Wirtschaftsförderung, des Fallmanagements und der Arbeitsvermittlung genutzt. Ein Modell, welches für die Zukunft weitere Beiträge zur Fachkräftesicherung leisten wird. Denn diese wird auch in der dritten Amtsperiode einen entscheidenden Schwerpunkt bilden. Zudem steht die Begleitung weiterer Unternehmensansiedlungen bzw. -erweiterungen und einer neuen Autobahnanschlussstelle „Achim West“ an der A 27 an. Auch die Wiedereröffnung eines Bahnhofs in einem Grundzentrum, die Koordination des Ausbaus von Radschnellwegen und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gehören zu den Themen, mit denen Peter Bohlmann als Amtsinhaber für seine Wiederwahl wirbt. Die Erfolge der Vergangenheit und die Benennung konkreter und realistischer Vorhaben für die Zukunft stimmen zuversichtlich, dass der „rote Faden“ im Landkreis Verden mindestens bis 2026 fortgeschrieben wird.



Dr. Volker Pannen Foto: Gerold Meppelink

Dr. Volker Pannen: Vom Bürgermeister zum Landrat

Parallel zur Europawahl werden in der Grafschaft Bentheim am 26. Mai 2019 drei weitere Wahlen stattfinden: In der Kreisstadt Nordhorn und der Samtgemeinde Uelsen sind die Bürgermeisterpositionen neu zu besetzen. Und im Landkreis selbst ist über die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Landrates zu entscheiden: In dieses Rennen geht der Bad Bentheimer Dr. Volker Pannen. Pannen hatte sich in der Kandidatennominierung kurz vor Weihnachten in einer Urwahl der Grafschafter Genossen und Genossen mit knapp 70 % der abgegebenen Stimmen gegen eine Mitbewerberin durchgesetzt. Nun

tritt er für die SPD an gegen den von der CDU unterstützten, parteilosen Ersten Kreisrat der Grafschaft, Uwe Fietzek, und die unabhängige Kandidatin Henni Krabbe, derzeit Kreisrätin des Landkreises Aurich.

Dr. Volker Pannen ist seit 2006 Bürgermeister der Stadt Bad Bentheim. Sein beruflicher Werdegang führte den in Bad Bentheim aufgewachsenen 50-Jährigen zunächst an die Universität Osnabrück. Nach dem späteren Referendariat folgte eine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Düsseldorf, bevor ihn ein Wechsel in den Höheren Dienst der niedersächsischen Finanzverwaltung mit seiner zwischenzeitlich gegründeten Familie wieder in seine Heimat zurückkehren ließ. Seit 2001 gehört Pannen dem Bad Bentheimer Stadtrat an.

Der „Pannen-Bahnhof“ von Bad Bentheim erlangte 2016 durch einen NDR-extra-3-Fernsehbeitrag große Bekanntheit. Damals führten erhöhte Bahnsteige bei noch ausstehender Sanierung des Bahnhofsgebäudes dazu, dass sich die Tür zum Bahnsteig nicht öffnen ließ. Fahrgäste benutzten stattdessen ein benachbartes Fenster als Ausstieg. Dieses Fenster wird heute in der Empfangshalle des fertiggestellten Bahnhofs ausgestellt, um an seine lustige Geschichte zu erinnern.

Silvia Nieber: „Zukunft braucht Kompetenz.“

Mit dem Wahlslogan „Zukunft braucht Kompetenz.“ tritt Silvia Nieber als Amtsinhaberin erneut zur Bürgermeisterwahl in der Hansestadt Stade am 26. Mai 2019 an. Mit ihr bewerben sich Kandidaten von CDU, Piratenpartei und Die Partei um das Bürgermeisteramt. Silvia Nieber ist stellvertretende Vorsitzende der SGK Niedersachsen und der Bundes-SGK.

Stade gehört zur Metropolregion Hamburg und ist eine wachsende Stadt mit fast 50.000 Einwohner*innen. An diesem Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort im Elbe-Weser-Dreieck sind verschiedene internationale Unternehmen ansässig. Der Einzelhandel, das Handwerk sowie insgesamt der Mittelstand und der Tourismus haben sich gut entwickelt, sodass über 27.000 Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz finden. Der Zukunftswerkstoff Carbon-

faser hat Stade zum Forschungs- und Innovationsstandort insbesondere für den Bereich Luft- und Raumfahrt werden lassen.



Silvia Nieber Foto: Michael Hensel

Die Hansestadt Stade steht vor großen Herausforderungen im Hinblick auf die Entwicklung der Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie bei der Bewältigung des Fachkräftemangels.

Silvia Nieber ist bereits seit September 2011 hauptamtliche Bürgermeisterin in Stade und sammelte vorher elf Jahre lang Erfahrungen als Bürgermeisterin in der Stadt Bad Münder am Deister. Ihre berufliche Laufbahn begann mit einer kaufmännischen Ausbildung in der chemischen Industrie, an die sich ein betriebswirtschaftliches Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg anschloss. Als Diplom-Betriebswirtin hat sie Aufsichtsratsmitglieder mit betriebswirtschaftlichen Beratungen und Bilanzanalysen unterstützt und war langjährig mit diesem Schwerpunkt als Dozentin in der Erwachsenenbildung tätig im Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie.

Vanessa Gattung will frischen Wind in den Landkreis Emsland bringen

Die 29-jährige Vanessa Gattung kandidiert für das Landratsamt im Emsland. Seit 2015 ist die Papenburgerin Mitglied in der SPD und engagiert sich seither mit großer Begeisterung in der Kommunalpolitik. Sie ist Vorsitzende des Stadtverbandes Papenburg-Aschendorf, stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereins Papenburg und darüber hinaus Mitglied im Vorstand der SPD Emsland und der Jusos Weser-Ems. Im November 2017 gründete sie zusammen mit weiteren



Vanessa Gattung

Foto: LuxTeufelsWild

Genoss*innen ein starkes überparteiliches Bündnis für mehr Vielfalt, Menschlichkeit und Solidarität und brachte gemeinsam mit 1.000 Menschen Papenburg zum Leuchten.

Im Oktober 2017 beendete sie ihr Studium der Gerontologie (Alterswissenschaften) und arbeitete vorübergehend als freiberufliche Dozentin an einer Hochschule in Bremen und bildete DUO-Seniorenbegleiter in Vechta aus. Seit Juli 2018 arbeitet sie im Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück und betreut unter anderem das Projekt „Interkulturelle Pflegelotsen“, das das Ziel verfolgt, die Pflegeversorgung der Migrantinnen und Migranten im Landkreis zu verbessern. Mit vielen neuen Ideen und der Vorstellung einer modernen, transparenten Verwaltung im Landkreis Emsland möchte sie als Landrätin die Bürger*innen an der Gestaltung des Landkreises Emsland teilhaben lassen.

Der Oberbürgermeisterkandidat für die Stadt Cuxhaven: Uwe Santjer

Für die Oberbürgermeisterwahl am 26. Mai 2019 schickt die Cuxhavener SPD ihren Landtagsabgeordneten Uwe Santjer ins Rennen. Der 53-jähri-

ge Familienvater ist seit 2013 Mitglied der SPD-Landtagsfraktion und seit dieser Legislaturperiode stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Als gelernter Erzieher und Diplom-Heilpädagoge ist Santjer der Fachpolitiker für frühkindliche Bildung innerhalb der Fraktion und hat wesentlichen Anteil sowohl an den Qualitätsverbesserungen in der Krippe als auch an der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten.

Als „Cuxhavener Jung“ übt Santjer die Funktion des hafenpolitischen Sprechers aus und wirbt unermüdlich für die maritime Wirtschaft. Dabei liegt ihm besonders die Energiewende am Herzen. Nach seiner Aussage wird diese in Deutschland nur mit einem vernünftigen Ausbau der Offshore-Windenergie und der Nutzung von Wasserstoff gelingen.



Uwe Santjer Foto: Anneke Dieffenbach Fotografie

Nach Aussage des örtlichen SPD-Vorsitzenden Oliver Ebken ist Santjer eine gute Wahl für das Oberbürgermeisteramt in Cuxhaven, da er jung genug ist, um in zwei Legislaturperioden die anstehenden Aufgaben der Stadt zu bewältigen. Santjer besitzt

hervorragende Kontakte nach Hannover und hat im Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsbereich besondere Kompetenzen vorzuweisen. Sein erklärtes Ziel ist es, Cuxhaven zu einer Klimastadt weiterzuentwickeln und sich besonders in den Bereichen der Bildung, der Wohnraumförderung, der Stabilisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen, des Natur- und Umweltschutzes sowie für den Zusammenhalt innerhalb Cuxhavens zu engagieren.

Auricher Landrat Harm-Uwe Weber kandidiert für weitere Amtszeit

Der amtierende Auricher Landrat Harm-Uwe Weber kandidiert für eine weitere Amtszeit. Im Februar 2019 wurde der 60-Jährige von den Delegierten der Ortsvereine aus dem SPD-Unterbezirk Aurich mit großer Mehrheit nominiert. Seit 2011 ist der Volljurist Landrat des Landkreises.

Seit 1991 ist Weber beim Landkreis Aurich beschäftigt. 1993 wurde er zum Kreisdirektor gewählt und 1998 zum ersten Mal zum Ersten Kreisrat. Weber kennt die Verwaltung ganz genau und auch die Herausforderungen, vor denen der Landkreis Aurich steht. „Wir haben unsere Schulen in den zurückliegenden Jahren in einen außerordentlich guten Zustand gebracht. An den Berufsschulen haben wir kräftig investiert und auch die Integrierte Gesamtschule Aurich wird gerade für rund 16 Millionen Euro umgebaut. Dass unsere Kinder und Enkel eine vernünftige schulische Ausbildung bekommen, liegt mir besonders am Herzen“, sagt Weber, der seit 1987 ver-



Harm-Uwe Weber

Foto: SPD Aurich

heiratet ist und Vater von mittlerweile drei erwachsenen Kindern.

Als weiteres wichtiges Zukunftsthema nennt Weber die stationäre klinische Versorgung der Menschen im Landkreis Aurich und in der Stadt Emden. „Wir werden uns zwei Krankenhaus-Standorte im Landkreis Aurich und einen Standort in Emden in der Zukunft nicht leisten können. Aber erst recht aus medizinisch-fachlicher Sicht macht das einfach keinen Sinn. Ich bin davon überzeugt, dass eine gemeinsame Zentralklinik in Georgsheil der richtige Weg ist und nur mit ihr die stationäre klinische Versorgung dauerhaft sichergestellt wird.“ Für den Auricher Landrat ist aber auch der Ausbau der Breitbandversorgung von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Landkreises. „Schnelle Internetverbindungen sind die Autobahnen der Zukunft. Für einen Flächenlandkreis ist dies eine große Herausforderung. Ich möchte auch die entlegensten Bereiche des Kreises versorgen“, sichert Harm-Uwe Weber zu. Der Landkreis Aurich wird mit Hilfe des Bundes und des Landes rund 56 Millionen Euro in den Ausbau des Breitbandnetzes investieren. „Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen.“

Anzeige

BESUCHEN
SIE UNS AUF

www.demo-online.de

DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Gut zu wissen

Finanzierung kommunaler Infrastruktur unter Berücksichtigung des EU-Beihilferechts

Autorin Renate Geuter, MdL a. D., bis 2017 finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Friesoythe, seit 2018 Mitglied im SGK Landesvorstand, Revisorin für die Bundes SGK

Das Europäische Beihilferecht verbietet grundsätzlich die Gewährung von Mitteln aus öffentlichen Haushalten zu Gunsten einzelner Unternehmen, um Wettbewerbsverzerrungen am Markt zu verhindern. Der Unternehmensbegriff ist dabei so weit gefasst, dass eine Abgrenzung, wann eine Gewährung im Sinne des EU-Rechts möglich ist oder eben auch nicht, sehr schwierig ist. Berücksichtigt werden beispielsweise weder die Form der ausgeübten Geschäftstätigkeit des Unternehmens noch eine fehlende Gewinnerzielungsabsicht, um eine Gewährung von öffentlichen Geldern zu legitimieren.

Die Gewährung öffentlicher Mittel bei der Finanzierung kommunaler Infrastruktur, die wirtschaftlich betrieben wird, erfüllt grundsätzlich den Tatbestand einer Beihilfe (gilt auch für kommunale Tochterunternehmen). Kommunale Infrastruktur wird auf verschiedene Weise finanziert, errichtet und betrieben. Auf allen Ebenen (Eigentümer, Betreiber, Benutzer) kann kommunale Finanzierung ein wirtschaftliches Unternehmen begünstigen und damit auch eine Beihilfe sein und damit dem strengen EU-Recht unterliegen.

Eine staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) liegt vor, wenn alle folgenden Tatbestandsmerkmale erfüllt sind:

1. Ein Vorteil wird aus staatlichen Mitteln gewährt.
2. Die Maßnahme muss begünstigende Wirkung haben.
3. Die Begünstigung wird zugunsten eines Unternehmens oder Produktionszweigs gewährt.
4. Es liegt eine Selektivität vor, das heißt, es wird nur ein bestimmtes Unternehmen begünstigt.
5. Die Begünstigung führt zu einer Wettbewerbsverfälschung bezie-

Vorgestellt: Renate Geuter, MdL a. D, Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Friesoythe

Familienstand: verheiratet
SPD-Mitglied seit 1985

Eckdaten der kommunalpolitischen
Laufbahn:

- Mitglied des Rates der Stadt Friesoythe von 1991 bis 1996 und von 2001 bis heute
- Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Friesoythe seit 2008
- Mitglied im niedersächsischen Landtag von 2003 bis 2017, u. a. haushaltspolitische Sprecherin



Foto: Henning Scheffen Photography

Ich interessiere mich für Politik und engagiere mich in der Kommunalpolitik, weil...

... sich gerade auf kommunaler Ebene entscheidet, ob die Menschen sich ernstgenommen sehen und damit eine positive Einstellung für unsere Demokratie entwickeln.

Ich bin Mitglied in der SGK, weil ...

... der Kontakt zu sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und der gegenseitige Austausch wichtig sind, um die eigene Arbeit zu verbessern und um gemeinsame Zielsetzungen zu entwickeln.

Ich lese gerade das Buch...

... „Die Geschichte der Bienen“ von Maja Lunde

Ich entspanne mich...

... bei der Gartenarbeit.

Im Urlaub reise ich gerne nach...

... Brasilien.

ungsweise droht den Wettbewerb zu verfälschen.

6. Die Begünstigung führt zu einer Handelsbeeinträchtigung.

Nach aktueller Rechtsprechung (Kristall-Bäder) liegt eine Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten auch vor, wenn der Empfänger auf wettbewerbsoffenen Märkten miteinander in Konkurrenz

tritt. Wenn danach eine beihilferechtlich relevante Begünstigung vorliegt, ist zu prüfen, ob die Beihilfe dennoch aufgrund einer der folgenden Ausnahmeregelungen erlaubt sein könnte:

1. Die Beihilfe gehört zu den aufgrund der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung als mit dem Vertrag vereinbar erklärten

Beihilfekategorien (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV)

2. Die De-minimis-Verordnung erklärt Förderungen an ein Unternehmen von bis zu 200.000 Euro über einen Zeitraum von drei Steuerjahren als nicht den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verfälschend.
3. Die De-minimis-Verordnung im Bereich der Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) nimmt Beihilfen an ein Unternehmen von bis zu 500.000 Euro über einen Zeitraum von drei Steuerjahren von der Genehmigung durch die Europäische Kommission aus.
4. Mit dem sog. DAWI-Beschluss werden bestimmte Kategorien von Ausgleichsleistungen von der Pflicht zur Anmeldung bei der Europäischen Kommission freigestellt. DAWI-Leistungen stehen im Interesse der Allgemeinheit, sind aber auf dem freien Markt häufig nicht rentabel erbringbar (Beispiel: Daseinsvorsorge).
5. Ergibt die Prüfung, dass keine Ausnahmeregelung greift, ist die geplante Beihilfe bei der Europäischen Union anzumelden (Notifizierungspflicht) und darf erst nach Genehmigung durchgeführt werden.

Wenn Unternehmen neben Leistungen der Daseinsvorsorge kommerziell wettbewerbliche Tätigkeiten ausüben (z.B. Schwimmbad mit Gastronomie und Wellnesseinrichtungen), ist eine Trennungsrechnung vorzunehmen, die eine eindeutige Identifizierung der kommunalen Zuwendungen ermöglicht und den Nachweis erbringt, dass keine Quersubventionierung vorliegt.

Bei Fragen zu dieser komplexen Thematik steht Renate Geuter unter renategeuter@googlemail.com gerne zur Verfügung.

Europäische Seehäfen nicht gegeneinander ausspielen

Die SPD fordert eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen.

Autor Uwe Schmidt, MdB für den Wahlkreis Bremen II – Bremerhaven, Wahlkreis 55, Betreuer Wahlkreis: Cuxhaven – Stade II, Wahlkreis 29

Deutschland ist eine Exportnation. Für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sind die deutschen Seehäfen von zentraler Bedeutung. Wie kaum eine andere Branche stehen die Seehäfen in einem starken globalen und innereuropäischen Wettbewerb.

Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere deutschen Seehäfen wettbewerbsfähig bleiben. Dafür brauchen wir eine solide Finanzierung der Hafeninfrastuktur sowie gute und verlässliche Hafenhinterlandanbindungen. Grundvoraussetzung dafür sind ausreichend finanzielle Mittel. Öffentliche Finanzierung muss dabei Vorrang vor den Interessen privater Investoren haben. Nur so bewahren wir die Kontrolle über unsere Hafeninfrastuktur. Es gilt außerdem faire und tarifgebundene Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Die Kolleginnen und Kollegen sind die Garantie für leistungsfähige und funktionierende Häfen in unserem Land. Kampagnen wie „Laschen ist Hafendarbeit“ müssen wir international verbindlich durchsetzen. Denn ob ein Seeschiff einen deutschen Hafen anläuft, darf nicht davon abhängen, ob bei uns andere Ladungssicherungsvorschriften gelten als anderswo in Europa.

Auswirkungen der Schiffsgrößenentwicklung

Durch automatisierte Produktionsabläufe wird immer mehr Ware immer schneller produziert. Diese Entwicklung macht auch vor den Containerschiffen nicht halt. Schon heute fahren Containerschiffe in den Ausmaßen des Berliner Hauptbahnhofes mit 400 Metern Länge und einer Kapazität von mehr als 20.000 Standardcontainern über die Weltmeere. Zusätzlich versuchen die Reedereien ihre Schiffe stärker auszulasten und

Vorgestellt:
Uwe Schmidt, MdB für den Wahlkreis 55, Bremen II – Bremerhaven, Betreuer Wahlkreis: Cuxhaven – Stade II, Wahlkreis 29

Alter: 53 Jahre
Familienstand: verheiratet, 1 Tochter
SPD-Mitglied seit 2010



Foto: Büro MdB Uwe Schmidt

Im Bundestag seit 2017; Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft; stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und in der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt.“

Ich bin Mitglied bei...

... Verdi. Gute Arbeitsbedingungen, Tariflöhne und sichere Renten lassen sich nur im Schulterschluss mit den Gewerkschaften durchsetzen.

Ich interessiere mich für Politik und engagiere mich in der Bundespolitik, weil...

... ohne eine klar aufgestellte sozialdemokratische Politik wären Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vollständig den Marktmechanismen ausgeliefert. Ich habe 30 Jahre im Hafen gearbeitet, bevor ich in die Politik wechselte. Über meine Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit bin ich zur SPD gestoßen. Es gilt: Die Leitlinie unseres Handelns muss der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft sein. Packen wir es an und krepeln die Ärmel ein Stück höher für ein Verbot von Zeit- und Leiharbeit, für gute Tariflöhne und ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung, um den digitalen Wandel sozial zu gestalten.

Ich entspanne mich...

... beim Motorradfahren. 10.000 Kilometer im Jahr auf zwei Rädern schaffe ich immer noch und auch an gut gepflegten Oldtimern habe ich meine Freude.

Ich ärgere mich über ...

... Leute, die alles besser wissen, viel reden, aber nichts tun. Wer etwas bewegen will, muss anpacken – im Hafen wie in der Politik.

so viel Ladung wie möglich zu transportieren. Eine Havarie wie im Fall der MSC Zoe, die kürzlich über 300 Container in der Nordsee verloren hat, stellt erhebliche Risiken für die Sicherheit von Bevölkerung, Umwelt und die Küstenregionen dar.

Einheitliches Vorgehen

Die internationalen Regelungen der IMO haben bei der Größenentwicklung der Schiffe offensichtlich nicht Schritt gehalten. Mittlerweile werden viele Schiffe nicht mehr von europäischen Zertifizierungsge-

sellschaften überprüft. Stattdessen werden diese dort zertifiziert, wo auch die meisten Containerschiffe gebaut werden: in Asien. Wir dürfen die Einhaltung von Sicherheitsstandards und Bauvorschriften für Schiffe dieser Größenordnung nicht nur den Herstellern und Nutzern überlassen. Wir brauchen hier ein gemeinsames europäisches Vorgehen, um die Betriebssicherheit der Seeschiffe zu gewährleisten. Nur so können wir verhindern, dass die Reedereien und Schiffseigentümer die europäischen Seehäfen im Wettbewerb gegeneinander ausspielen.



Foto: Kara/stock.adobe.com

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Niedersachsen e.V.,
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Redaktion: Dr. Manfred Pühl
E-Mail: manfred.puehl@spd.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Aus der Beratungspraxis der SGK

Neubesetzung des Hauptausschusses nach Fraktionswechsel/Antragsberechtigung

Frage:

In unserer Stadt haben sich mehrere Abgeordnete von der bisherigen Mehrheitsfraktion (absolute Mehrheit) abgespalten und eine neue Fraktion gebildet. Zwei Abgeordnete der neuen Fraktion sind bisher Beigeordnete im VA, einer ist stellvertretender Bürgermeister. Wie ist die Rechtslage? Was ist zu veranlassen?

Antwort:

Die Rechtsfrage beantwortet sich nach §§ 75 Abs. 1 Satz 6 in Verbindung mit § 71 Abs. 9 Satz 2 NKomVG:

„Ein Ausschuss muss neu besetzt werden, wenn seine Zusammensetzung nicht mehr dem Verhältnis der

Stärke der Fraktionen und Gruppen der Vertretung entspricht und ein Antrag auf Neubesetzung gestellt wird.“

Das bedeutet:

1. Ohne die genaue Berechnung nach der neuen Lage zu kennen, vermute ich, dass der VA nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, da die verbliebene (bisherige Mehrheits-)Fraktion und die neue Fraktion sicher keine Gruppe bilden werden.
2. Der VA wird nur dann umgebildet, wenn ein Antrag auf Neubesetzung gestellt wird. Antragsberechtigt ist aber nur eine Fraktion



oder Gruppe, die bei einer Umbesetzung eine Verbesserung ihrer Rechtsposition zum Ergebnis hätte. Nachweis: Kommentar zum NKomVG, Schwind, Anm. 24 zu § 71.

Danach wäre z.B. – obwohl auch politisch unsinnig – die alte (Mehrheits-)Fraktion nicht antragsberechtigt, da sie nur Sitze verlieren kann.

3. Wird der Antrag nicht gestellt, bleibt es bei der Besetzung des VA. Wird die neue Fraktion antragsberechtigt, kann sie den Antrag stellen. Sie könnte aber auf den Gedanken kommen, den Antrag nicht zu stellen und die beiden VA-Sitze mit ihren Mitgliedern zu behalten, einschl. der Funktion des stv. Bürgermeisters. Soll es nicht dazu kommen, muss eine der verbleibenden Fraktionen/Gruppen den Antrag stellen, soweit sie antragsberechtigt sind (siehe oben 2.).

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de